

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales

59. Sitzung
3. Dezember 2020

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.11 Uhr
Vorsitz: Hakan Taş (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Maik Penn (CDU) fragt für die CDU-Fraktion:

Welche Pläne verfolgt der Senat aktuell bei der Bereitstellung weiterer Angebote für obdachlose Menschen, sowohl was Aufwärmmöglichkeiten am Tag, als auch Übernachtungsmöglichkeiten angeht, und wie ist der Stand der Umsetzung?

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) verweist zu dieser Frage auf die Pressemitteilung der SenIAS vom Vortag. Der Senat habe beschlossen, weitere 24/7-Einrichtungen zu schaffen. In der Storkower Straße stünden bis zu 100 Plätze zur Verfügung. Zudem öffne eine Unterkunft mit 30 Plätzen für Frauen und Familien. Die Einrichtung in der Lehrter Straße bleibe bestehen, die dortige Quarantänestation wachse von 16 auf 120 Plätze. Für die Kältehilfe stünden 46 500 Schnelltests zur Verfügung, die jedoch aufgrund der Regelungen auf Bundesebene nicht von Sozialarbeitenden ohne medizinische Ausbildung angewendet werden dürften.

In der Kältehilfe seien von aktuell ca. 1 060 Plätzen etwa 200 frei. Die Kapazitäten für Übernachtungen reichten aus, es fehle aber weiterhin an Rückzugsorten und Versorgung am Tage. SenIAS habe – teilweise gemeinsam mit den Bezirken – Lösungen gefunden und unterstütze

beispielsweise den Verein „Be an Angel“, der für Obdachlose koche. Das „Hofbräu Berlin“ in der Karl-Liebknecht-Straße habe sich als Tagesaufenthaltort angeboten und könne bis zu 150 Gäste empfangen. Eine Sozialberatung sei vor Ort. Bei Bedarf könne das Angebot erweitert werden, weitere Hotels und Restaurants hätten ihre Unterstützung angeboten. Die Senatorin danke allen freiwilligen Helfern, die sich an der Versorgung Obdachloser beteiligten.

Ziel und Zweck der Kältehilfe sei es, durch das niedrigschwellige Angebot Obdachlose vor Kälte und dem Erfrierungstod zu bewahren, ihnen in Zeiten der Pandemie Rückzugsmöglichkeiten zu geben sowie ihre Versorgung sicherzustellen. Aus der Kältehilfe heraus schnell und proaktiv nach ASOG unterzubringen, führe ihrer Ansicht nach zu einer Win-win-Situation: Die Obdachlosen erhielten so einen Rückzugsort, Versorgung, Beratung und Schutz, während dem Land und den Bezirken weniger Kosten entstünden als durch die Kältehilfe. Eine Entscheidung hierüber liege aber bei den Bezirken.

Maik Penn (CDU) erkundigt sich nach dem Gesamtkonzept zur Bewältigung der Wohnungslosigkeit, das die Verwaltung nach Aussagen der Senatorin erarbeite.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) erläutert, sie wolle ein Konzept diskutieren, das den Housing-first-Ansatz verfolge. Ein Modellprojekt hierzu habe bereits stattgefunden. Auch die Erfahrungen mit der Coronapandemie sprächen für eine neue Form der Unterbringung. Sie werde dem Ausschuss einen aktuellen Artikel zukommen lassen, in dem sie und der Staatssekretär den Ansatz vorstellten. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts sehe sie als Projekt für die kommende Legislaturperiode, für das SenIAS mit der gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung – GStU – die Voraussetzungen schaffe. Alle Akteure und Betroffene seien in einer Strategiekonferenz zu beteiligen. Das Konzept müsse insbesondere in Zusammenarbeit mit den Bezirken entstehen.

Alexander Wieberneit (FDP) [zugeschaltet] fragt für seine Fraktion:

Worin genau liegen die Unterschiede zwischen dem solidarischen Grundeinkommen und den 2012 beendeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die auf Grund mangelnden Bedarfs eingestellt wurden, und welcher Bedarf bestand nun, mit Blick auf die Arbeitsmarktzahlen von 2019 (vor Corona!), das SGE einzuführen?

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) entgegnet dem Fragesteller, die ABM-Maßnahmen seien nicht aufgrund mangelnden Bedarfs eingestellt worden, sondern weil man andere Vorstellungen hatte. Manche gesellschaftlich relevanten Aufgaben könnten nur im Rahmen öffentlicher Finanzierung erfüllt werden – wie Beratung, Unterstützungsangebote oder Mobilitätshilfen. Solche Angebote über öffentliche Beschäftigung aufrechtzuerhalten, sei umso schwieriger, umso kurzfristiger die Maßnahmen angelegt seien.

Das solidarische Grundeinkommen – SGE – befreie Langezeitarbeitslose von den Sanktionierungen durch die Hartz-Gesetze. Die Arbeitsplätze würden nach Tarif oder Mindestlohn bezahlt und über normale Einstellungsverfahren besetzt. Die Teilnehmer nähmen an Qualifizierungsmaßnahmen teil. Da sich die Frage auf die Zeit vor Corona beziehe, verweise sie auf das Betriebspanel 2019: Eine Befragung Berliner Unternehmen habe ergeben, dass die Bereitschaft, Erwerbslose einzustellen, gering sei. Der Bedarf, Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen, bestehe durchaus. Ob sich dies verwirklichen lasse, werde die Evaluation zeigen.

Ülker Radziwill (SPD) erkundigt sich nach der Absicherung des Sonderfahrdienstes.

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS) antwortet, die Fuhrdienstleister hätten Anspruch auf die November- und Dezemberhilfen. Wo diese nicht griffen, springe das Land ein und garantiere Hilfen in Höhe von 75 Prozent des Umsatzes aus dem Vorjahresmonat – unter der Bedingung, dass sich die Unternehmen zu alternativen Fahrten bereit erklärten.

Fadime Topaç (GRÜNE) macht auf das Auslaufen des Senatsbeschlusses aufmerksam, der Trägern in der Eingliederungshilfe ermögliche, Personal örtlich flexibel einzusetzen. Dieser Beschluss solle ihres Wissens nicht über den 31. Januar 2021 hinaus verlängert werden, was die Träger vor große Herausforderungen stelle. Inwiefern bemühe sich SenIAS um Lösungen?

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS) teilt mit, die Verhandlungen innerhalb der Kommission 131 über diese Problematik seien am Vortag gescheitert, da es bezüglich des betreuten Einzelwohnens zu keiner Einigung gekommen sei. Dieser Leistungstyp werde nicht nach Tagessätzen, sondern nach Fachleistungsstunden abgerechnet, was zu einem besonderen Problem führe, wenn Personal unter Quarantäne stehe und die Träger flexibel umgruppieren müssten. Aus Sicht der SenIAS hätten die Träger die berechnete Forderung gestellt, die Leistungserbringung während der Pandemie flexibel gestalten zu können, ohne Verpflichtung zu einer Spitzabrechnung für jede Fachleistungsstunde. SenIAS habe sich für diese Lösung eingesetzt, SenFin hingegen stimme bislang nicht zu. Die Kommission strebe aber an, noch vor Weihnachten zu einer Lösung zu kommen. Die Senatorin sei mit SenFin im Gespräch.

Fadime Topaç (GRÜNE) wünscht Informationen zur Beschaffung von Schutzausrüstung für die Eingliederungshilfe.

Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS) bestätigt, dass die Beschaffung von Schutzausrüstung für die Träger ein Problem darstelle. Die Marktsituation sei nicht ideal, auch wenn mittlerweile ausreichend Schutzausrüstung angeboten werde. Die Mehrausgaben seien in den ausgehandelten Entgelten nicht abgebildet. Das Land habe eine Refinanzierung zugesagt, jedoch sei noch offen, in welcher Form diese erfolge.

Vorsitzender Hakan Taş erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) teilt mit, dass alle Plätze im SGE besetzt seien. Sie lasse dem Ausschuss eine Auswertung über Einsatzfelder und Bezahlung zukommen.

Die Kapazitäten des Ankunftsentrums seien erschöpft, zum einen, weil wie jedes Jahr um diese Zeit mehr Menschen Asylanträge stellten, zum anderen, weil die Verfahren beim BAMF aufgrund der Coronakrise länger dauerten. Zudem müssten Ankommende isoliert werden, bis Coronatestergebnisse vorlägen. Ab dem heutigen Tag würden Schnelltests eingesetzt. Das Ankunftszentrum erhalte – zunächst bis Januar – zusätzliche Quarantänekapazitäten im benachbarten Tempohome, das zu diesem Zweck freigezogen worden sei. Ab Mitte Dezember

sei die MUF am Ankunftszentrum bezugsfertig. SenIAS habe weitere mögliche Quarantänestationen im Blick und informiere den Ausschuss beizeiten.

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz – ASMK – habe in der Vorwoche erstmals im Videoformat stattgefunden. Berlin habe vier Anträge gestellt, sie lasse dem Ausschuss einen Vermerk hierüber zukommen.

Der Pilot zur GStU starte demnächst. Die Landesdatenschutzbeauftragte habe Kritik am Projekt geäußert. SenIAS befinde sich mit ihr im Austausch.

SenIAS habe eine eigene Beratungsstelle für Berufskrankheiten, die auch zu Corona berate. Zunehmend gingen Anfragen von Kontaktpersonen der Kategorie 1 ein, die von ihren Arbeitgebern unter Druck gesetzt würden, zur Arbeit zu erscheinen. Außerdem häuften sich Fälle von Menschen, die davon ausgingen, sich während der Arbeit infiziert zu haben, und nun entsprechende Schritte einleiten müssten, um im Falle von Langzeitschäden abgesichert zu sein. Die Senatorin stelle den Abgeordneten Informationsmaterial zur Beratungsstelle zur Verfügung und bitte darum, dieses in den Wahlkreisen zu streuen.

Ulker Radziwill (SPD) fragt, wann mit der Evaluation des SGE zu rechnen sei.

Sabine Bangert (GRÜNE) [zugeschaltet] weist darauf hin, dass sich die Zahl erwerbsloser Jugendlicher im Vergleich zum Vorjahresmonat fast verdoppelt habe. Ergreife SenIAS diesbezüglich Maßnahmen in Absprache mit der Regionaldirektion? – Alarmierend sei zweitens, dass trotz eines massiven Strukturwandels die Zahl der Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung um ein Drittel gesunken sei. Liefen hierzu Gespräche mit der Regionaldirektion?

Andreas Wild (fraktionslos) hebt hervor, die Senatorin habe von „Coronainfizierten“ gesprochen. Der vom Virologen Drosten entwickelte Test könne Infektionen bekanntlich weder bestätigen noch ausschließen. Wie stelle SenIAS fest, ob Personen mit Corona infiziert seien, und wie verwende sie dies als entscheidendes Kriterium?

Stefanie Fuchs (LINKE) erkundigt sich, ob ausreichend Schnelltests für die Eingliederungshilfe zur Verfügung stünden. Hierzu gebe es widersprüchliche Aussagen von der Gesundheitssenatorin und den Trägern. Inwieweit sei SenIAS in dieser Frage eingebunden?

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) antwortet, die Evaluierung des SGE sei seit dem Spätsommer vergeben, ein Zwischenbericht erscheine 2021. Schwerpunkte seien die Fragen, wann und wie Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt gelangten und ob es sogenannte Klebeeffekte gebe.

Die Arbeitsmarktzahlen zeigten in der Coronakrise ein differenziertes Bild, und es gelte, branchenspezifisch zu handeln. Zu Ausbildungsmarkt und beruflicher Weiterbildung seien Senatorin und Staatssekretär im Gespräch mit der Regionaldirektion. Am morgigen Tag stehe eine gemeinsame Sitzung der Sonderkommission Ausbildung und des Steuerungskreises Industriepolitik – SKIP – an, über die sie in der kommenden Ausschusssitzung berichten könne. – Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt habe sich verschärft: Die Zahl der Ausbildungsplätze sinke weiter. Schulabgänger und Altbewerber seien schwer zu erreichen, die Beratung

der Jugendberufsagentur sei nur eingeschränkt möglich, und digitale Formate könnten die Jobmessen nicht in vollem Umfang ersetzen.

Regelungen zu Coronatests und deren Ergebnissen basierten auf Aussagen von Experten, denen sie im Übrigen eher vertraue als jenen des Abgeordneten Wild. Eine Fehlerquote existiere, aber durch Tests könne man feststellen, ob sich jemand mit Corona infiziert habe oder nicht. Ob Ansteckungsgefahr bestehe oder Symptome aufträten, könnten die Tests nicht beantworten, jedoch sei mit dem Risiko nicht zu spielen. Daher gebe es die Regelung, dass sich Menschen mit positivem Testergebnis sowie Kontaktpersonen der Kategorie 1 in Quarantäne zu begeben hätten. – Die Presse berichte von schwerwiegenden Langzeitschäden. Sie empfehle Infizierten bzw. positiv Getesteten, sich für den Fall einer Erwerbsunfähigkeit abzusichern.

Für die Eingliederungshilfe habe SenIAS ausreichend Schnelltests vorrätig, die aber aufgrund der Entscheidung des Bundesgesundheitsministeriums nur von medizinisch ausgebildetem Personal angewendet werden dürften. Neuerdings könnten Arbeitgeber entscheiden, welches Personal aus der Pflege qualifiziert werden solle, um Schnelltests durchzuführen. Die Eingliederungshilfe müsse Testkonzepte vorlegen, normalerweise in Zuständigkeit der Gesundheitsämter. Da diese überfordert seien, sei in Zusammenarbeit mit dem Krisenstab ein Rahmengesundheitskonzept entstanden, auf dessen Grundlage die Einrichtungen jetzt ihre Konzepte erstellten. Diese seien die Voraussetzung dafür, dass SenIAS die Tests ausliefere. – Nach neuesten Meldungen dürften Erzieher und Lehrer Selbsttests vornehmen. Sie werte dies als gutes Signal. Die vorrätigen Tests müssten schnellstmöglich zum Einsatz kommen. Sie hoffe, dass sich Gesundheitsminister Spahn in dieser Frage bewege. Sie habe das Problem auf der ASMK angesprochen, jedoch vonseiten des Bundesgesundheitsministeriums über Verständnis hinaus keine Bereitschaft zum Handeln wahrgenommen.

[Lüftungspause von 10.03 Uhr bis 10.21 Uhr]

Fadime Topaç (GRÜNE) merkt an, SenGPG habe angeboten, Pflegeeinrichtungen kostenlos FFP2-Masken zu stellen. Sei ein solches Angebot auch für die Eingliederungshilfe angedacht?

Sabine Bangert (GRÜNE) [zugeschaltet] erinnert an ihre Frage zur beruflichen Weiterbildung. Welche Anreize schaffe das Land bzw. die Regionaldirektion zu deren Stärkung?

Andreas Wild (fraktionslos) betont, der Senat selbst habe in seiner Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Luthe bestätigt, dass PCR-Tests keine Infektionen nachweisen könnten. Senatorin Breitenbach habe aber in der heutigen Sitzung nicht zwischen PCR-Positiven, Infizierten und Kranken unterschieden. Eine solche Ungenauigkeit halte er für nicht hinnehmbar, sofern der Senat Infektionen als Kriterium für tiefe Einschnitte heranziehe.

Vorsitzender Hakan Taş bittet den Abgeordneten Wild, seine Fragen im Gesundheitsausschuss zu stellen.

Andreas Wild (fraktionslos) erklärt zudem, vieles deute darauf hin, dass es sich um eine „Fake-Pandemie“ bzw. „Pseudo-Pandemie“ handele, deren Narrativ die Senatorin unterstütze.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) stellt klar, sie habe davon gesprochen, dass Menschen, die infiziert seien, ein positives Testergebnis und entsprechende Symptome hätten,

vorsorgen sollten, wenn sie davon ausgingen, sich während der Arbeit infiziert zu haben. Die Aussagen des Abgeordneten Wild empfinde sie als „extrem dummes Zeug“ und unverschämt. Sie werde nicht weiter darauf eingehen.

Zur beruflichen Weiterbildung liefen Gespräche mit der Regionaldirektion. Geplant sei, dass Kurzarbeiter eine Aufstockung erhielten, wenn sie sich weiterbildeten. Die Regionaldirektion bereite dies vor. Allerdings müsse gesichert sein, dass die Teilnehmer die Maßnahmen auch abschließen könnten, wenn die Kurzarbeit vorher ende. Dies sei noch nicht geklärt.

Ülker Radziwill (SPD) merkt in Bezug auf den Beitrag des Abgeordneten Wild an, dass RKI-Leiter Wieler eindringlich zu Achtsamkeit aufrufe. Die Pandemie sei ernst zu nehmen.

Vorsitzender Hakan Taş erklärt Punkt 2 der Tagesordnung für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Einsamkeit – die neue Epidemie des
21. Jahrhunderts?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0165](#)
IntArbSoz

Maik Penn (CDU) bemerkt, seine Fraktion habe diesen Besprechungspunkt bereits im September 2019 angemeldet. Berlin sei mit 50 Prozent Singlehaushalten in besonderer Weise von Einsamkeit betroffen. Durch Corona sei das Thema aktueller denn je. Einsamkeit treffe neue Gruppen und auch jüngere Menschen. Das Silbernetztelefon habe mitgeteilt, der Anteil männlicher Anrufer sei um 50 Prozent auf ein Drittel gestiegen. Zudem sei das Durchschnittsalter der Anrufer um 10 Jahre auf nunmehr 60 Jahre gesunken.

Die CDU-Fraktion habe bereits im vergangenen Jahr einen Einsamkeitsbeauftragten für Berlin beantragt. Dieser Antrag sei ebenso abgelehnt worden wie weitere Anträge und Vorschläge seiner Fraktion: eine Ehrenamtskampagne gegen Isolation und Einsamkeit, die Durchführung eines Runden Tisches, überbezirkliche Stellen zur Koordination und Vernetzung der Ehrenamtsarbeit. – Er hoffe nun angesichts der Coronapandemie auf eine Zusammenarbeit.

Mit welchen Instrumenten gehe der Senat das Thema Einsamkeit an? Welche Maßnahmen habe er konkret während der Coronakrise ergriffen? Inwieweit unterstütze SenIAS beispielsweise Träger bei der Umstellung auf digitale Arbeit? Wie würden die bezirklichen Koordinierungsstellen angenommen? Wie werde die zentrale Telefonnummer beworben?

Ülker Radziwill (SPD) wendet ein, Alleinleben lasse sich nicht mit Einsamkeit gleichsetzen. Der CDU-Antrag für einen Einsamkeitsbeauftragten aus dem Jahr 2019 sei abgelehnt worden, da man zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die vorhandenen dezentralen Strukturen dem Problem besser begegnen könnten als ein Beauftragter für die gesamte Stadt. Es gehe um Teilhabe und darum, vorhandene Angebote bekannter zu machen. – Das Thema Einsamkeit in der Pandemie sei gesondert zu betrachten. Die vorhandenen Strukturen litten unter den aktuellen Maßnahmen, da Begegnung nicht wie gewohnt stattfinden könne. Sie sehe einen Digitalisierungsschub auf allen Ebenen, der zum Teil auch Ältere erreiche.

Stefanie Fuchs (LINKE) stimmt ihrer Vorrednerin zu: Soweit ihr bekannt, beschrieben sich nur wenige Berliner als einsam, weil sie allein wohnten. Die vorhandenen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen sollten finanziell abgesichert bzw. verfestigt werden. Während der Pandemie gelte es, darauf zu achten, dass Strukturen nicht wegbrächen. Soziale Träger wie die Volkssolidarität bemühten sich sehr darum, Kontakte aufrechtzuerhalten. Moderne Technik helfe vielleicht bei der Vernetzung der Träger, aber nicht unbedingt, um den Kontakt zu älteren Menschen zu pflegen. – Die Solidarität in der Gesellschaft habe durch die Pandemie zugenommen, neue Strukturen unter Nachbarn seien gewachsen.

Fadime Topaç (GRÜNE) schließt sich an: Die Koalition setze auf solidarische Nachbarschaften. Die spontan gewachsenen Strukturen sollten nachhaltig gestärkt werden.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) schlägt ebenfalls vor, Einsamkeit vor Corona getrennt von Einsamkeit während – und nach – Corona zu betrachten. Auch sie sehe im Status „Single“ kein Indiz für Einsamkeit. Das Problem betreffe Menschen, die Angst hätten, das Haus zu verlassen, Menschen mit Einschränkungen oder jene, deren finanzielle Situation kaum Aktivitäten wie Kino, Theater etc. erlaube. Die soziale Infrastruktur aus Treffpunkten in den Kiezen, Stadtteilzentren und Selbsthilfegruppen sei zentral. Daneben gebe es in den Bezirken Besuchsdienste, Sozialkommissionen, Mobilitätshilfsdienste – sowie den Berlinpass. Sie verweise auch auf Programme der SenGPG, zum Beispiel zur Einsamkeitsprävention. Berlin sei demnach gut aufgestellt, um den unterschiedlichsten Bedürfnissen der heterogenen Gruppe einsamer Menschen zu begegnen. Die Erfahrung von Silbernetz zeige, dass sich dennoch viele Menschen als einsam empfänden. Die Angebote würden daher seit Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Hierbei spiele auch die Digitalisierung eine Rolle, denn eine neue Generation von Senioren gehe selbstverständlich mit digitalen Angeboten um.

In Zeiten von Corona gestalte sich die Lage anders: Stadtteilzentren und ähnliche Einrichtungen seien geschlossen oder hätten nur ein sehr eingeschränktes Angebot. SenIAS habe in der Krise nicht speziell die Digitalisierung der Träger unterstützt, aber die üblichen Zuwendungen weitergezahlt, um die Entwicklung alternativer Angebote zu ermöglichen. Dies sei in vielen Fällen gelungen. – Die solidarische Stadtgesellschaft habe eigeninitiativ gehandelt und gezielte Hilfe im Kiez organisiert. Das Silbernetz leiste sehr gute Arbeit. – Die Erfahrungen zeigten auch, dass bestimmte Einschränkungen, wie das von Trägern verhängte Besuchsverbot in Pflegeeinrichtungen, nicht mehr vorkommen dürften.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Seniorenmitwirkungsgesetz, Beteiligung von
Seniorinnen und Senioren sowie ihren gewählten
Vertretungen – Zwischenbilanz und
Optimierungsmöglichkeiten**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0170](#)
IntArbSoz

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Sachstand der Fortschreibung der
Seniorenpolitischen Leitlinien im Land Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0184](#)
IntArbSoz

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
Eingliederungshilfe in Berlin: Analysen und
Schlussfolgerungen**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0190](#)
IntArbSoz

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 11. Juni 2020
und der Besprechung vom 24. September 2020

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ohne Aussprache ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2977
**Ganzjährige und ganztägige Hilfe für Obdachlose:
Verstetigung der durch die im Rahmen der Corona-
Pandemie eingerichteten Unterkünfte sicherstellen**

[0206](#)
IntArbSoz

Maik Penn (CDU) erkundigt sich nach Plänen des Senats zur Verstetigung der in der Coronakrise eingerichteten 24/7-Angebote für Obdachlose – dies nicht zwingend in den bisherigen Einrichtungen. Evaluationsergebnisse abzuwarten, halte er nicht für nötig, da auf der Hand liege, dass die 24/7-Angebote hilfreicher seien als reine Notübernachtungen.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) verweist auf die hohen Kosten des Angebots. Die Evaluierung habe ergeben, dass etwa die Hälfte der Untergebrachten eine Beratung in Anspruch genommen habe. Da jeder Mensch, der dies wünsche, ein Anrecht darauf habe, untergebracht zu werden, sehe sie keine Notwendigkeit, die 24/7-Unterkünfte über die Coronapandemie hinaus zu betreiben. Sie halte es für sinnvoller, Unterstützung beim Ämtergang zu leisten. Außerdem gelte es, die Kältehilfe zu stärken. Diese sei weder ausreichend finanziert, noch werde sie befriedigend umgesetzt. Das Engagement einiger Bezirke lasse zu wünschen übrig, auch hinsichtlich der Tagesstätten. Sie plädiere dafür, die Kältehilfe auf zentrale Ebene zu heben. Dies bedeute, dass die Bezirke dafür Personal und Mittel abgeben müssten.

Ülker Radziwill (SPD) fragt, welche Bezirke ihren Aufgaben nicht nachkämen. – Zum Jubiläum des Hygienecenters am Zoo habe sie ein Schreiben der Stadtmission erhalten. Dass das Center in fünf Jahren 319 997 mal genutzt worden sei, zeige den großen Bedarf. Berlin benötige weitere Einrichtungen dieser Art.

Stefanie Fuchs (LINKE) begrüßt, dass der Senat das 24/7-Angebot verlängert habe. Sie halte es aber nicht für nötig, es als neue Struktur zu verstetigen. Vielmehr sei die Kältehilfe weiterzuentwickeln sowie darauf hinzuwirken, Obdachlose schnell nach ASOG unterzubringen.

Stefan Ziller (GRÜNE) teilt mit, der Hauptausschuss habe einen Berichtsauftrag für Mai zu den Kosten der Kältehilfe. Er schlage vor, das weitere Vorgehen im Nachgang dazu zu beraten. Die aktuellen Kostensätze zeigten Handlungsbedarf, allerdings hoffe er, dass die Hochphase der Pandemie vor Beginn der nächsten Kältehilfesaison überwunden sei.

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS) bietet an, dem Ausschuss eine Auflistung der Kältehilfeplätze nach Bezirken zukommen zu lassen. Sehr gut laufe beispielsweise die Zusammenarbeit mit Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg. Das Engagement anderer Bezirke lasse sich an den Zahlen ablesen. Der Bedarf sei unterschiedlich groß, jedoch werde sie es nicht hinnehmen, dass Bezirke keinen einzigen Kältehilfeplatz beitrügen – wie Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf. Sie rufe die Abgeordneten dazu auf, diesbezüglich auf ihre jeweiligen BVV-Fraktionen einzuwirken.

Fadime Topaç (GRÜNE) gibt der Abgeordneten Radziwill zu bedenken, um über die Notversorgung hinaus Perspektiven zu bieten, müsse das Ziel sein, Wohnraum zu schaffen.

Maik Penn (CDU) beantragt, das Berichtsdatum in „28. Februar 2021“ zu ändern. – Es gehe nicht darum, Doppelstrukturen zu schaffen, sondern ein notwendiges Angebot zu verstetigen. – Mit Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf sei er im Gespräch. Er schlage vor, bezirkliche Vertreter zu einem Austausch über die Kältehilfe in den Ausschuss einzuladen.

Ülker Radziwill (SPD) begrüßt den Vorschlag ihres Vorredners. – Ihre Fraktion habe sowohl das Ziel im Blick, Obdachlose in Wohnungen unterzubringen, als auch die Notversorgung.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des Antrags – Drucksache 18/2977 –, auch mit geändertem Berichtsdatum „28. Februar 2021“, zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.